



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 2. Dezember 2024

Der Kantonsrat hat die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2023 des Forensischen Instituts Zürich (FOR) ohne Gegenantrag genehmigt ([5973](#)).

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf zwei Interpellationen der SP betreffend der Umsetzung der Sexualstrafrechtsreform in der Kantonspolizei Zürich ([KR-Nr. 192/2024](#)) und in der Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich ([KR-Nr. 194/2024](#)) diskutiert. Mit der Diskussion im Rat sind die Geschäfte erledigt.

Der Kantonsrat hat die Jahresberichte der anerkannten Religionsgemeinschaften und deren Nachweise der Einhaltung der negativen Zweckbindung zur Kenntnis genommen ([5983](#)).

Der Kantonsrat hat den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) ohne Gegenantrag genehmigt ([5972](#)).

Der Kantonsrat hat in erster Lesung eine Änderungen des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) und des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) betreffend Organisation der Friedensrichterkreise beraten und ist dabei ohne Gegenantrag dem Antrag der vorberatenden Kommission gefolgt ([5938](#)). Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

Der Kantonsrat hat mit 168 zu 0 Stimmen die Motion betreffend «Unvereinbarkeit» der Geschäftsleitung des Kantonsrates überwiesen ([KR-Nr. 209/2023](#)). Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre. Mit der Motion wird der Regierungsrat aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen bezüglich der Unvereinbarkeit im Zusammenhang mit der Ausübung von verschiedenen Ämtern systematisch zu überprüfen und zu vereinheitlichen und dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Psychiatrische Versorgung von Menschen im Strafvollzug» von Grünen, SP, GLP und AL mit 98 zu 76 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 273/2023](#)). Mit dem Postulat gefordert wird ein Pilotprojekt mit dem Ziel, die stationäre psychiatrische Versorgung von psychisch Kranken im Strafvollzug zu verbessern.

(nic.)